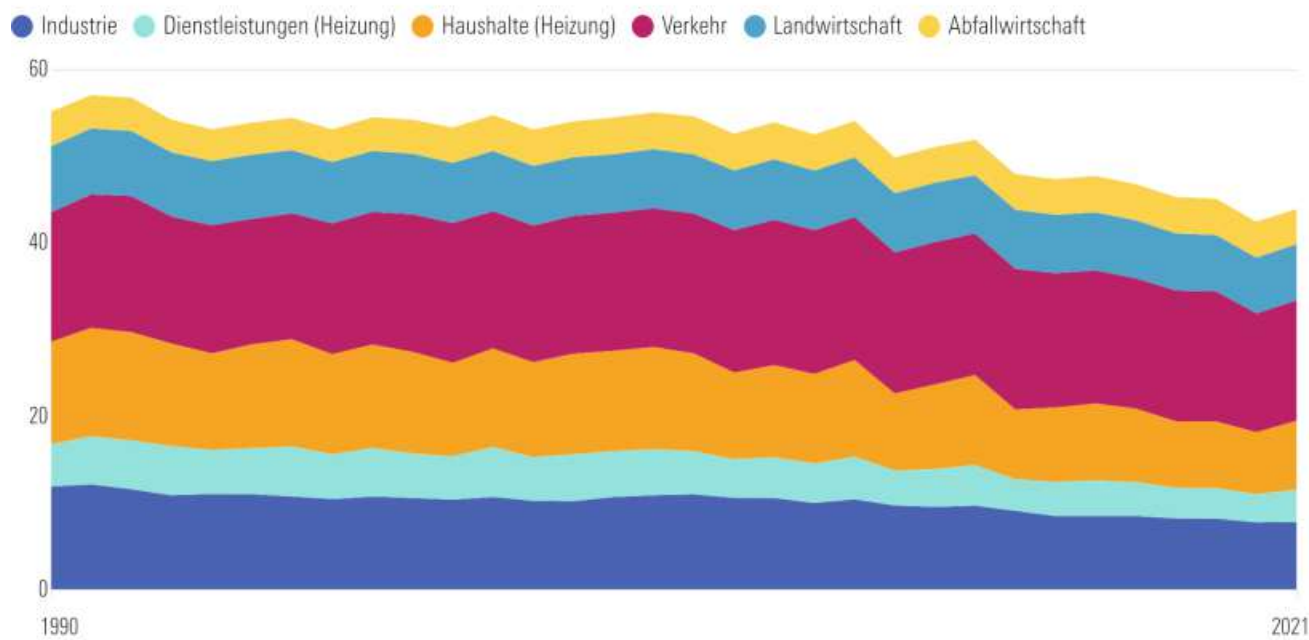


Schweizer Wirtschaft und Behörden streiten um CO₂-Abgaben

Künftig soll allen Firmen die Rückerstattung offenstehen – dies könnte den Anreiz für Klimaschutz verringern

Die Schweiz emittiert immer weniger Treibhausgase

In Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente



CHRISTOPH EISENRING

Die Schweiz hat einen der höchsten Emissionspreise weltweit: Wer mit Erdöl oder Erdgas seine Wohnung heizt, muss 120 Franken für jede emittierte Tonne CO₂ zahlen. Über 1200 Unternehmen erhalten dagegen heute ihre CO₂-Abgaben vollständig zurück, falls sie gewisse Ziele für die Reduktion von CO₂ einhalten. Für jeden dieser Anlagenbetreiber wird zunächst individuell abgeklärt, wie viel Treibhausgase sie einsparen können. Und zwar mit Investitionen, die sich im Prozessbereich innerhalb von vier Jahren und bei Gebäuden innert acht Jahren amortisieren sollen.

Um ihr Versprechen zu besiegeln, schliessen die Firmen mit einer von zwei beauftragten Agenturen, meist der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), eine Vereinbarung ab. Im Schnitt haben sich die Firmen von 2013 bis 2020 dazu verpflichtet, ihre Emissionen um 12 Prozent zu verringern. Die Ziele wurden in diesem Zeitraum gar übererfüllt, die Ersparnis lag bei 19 Prozent.

Fast eine Milliarde gespart

Laut der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), die das Instrument in einem Bericht unter die Lupe genommen hat, haben die Firmen von 2013 bis 2020 geschätzt 938 Millionen Franken an Abgaben gespart. Da die Firmen ihre Ziele sogar übertroffen haben, erhielten sie überdies entsprechende Bescheinigungen, die sie verkaufen konnten. Die

geschätzten Einnahmen belaufen sich auf mehr als 100 Millionen Franken.

Die EFK kritisiert in ihrem Bericht, dass die Vorgaben an die Firmen zu wenig ambitioniert seien. Sie rechnet vor, dass der Industriesektor insgesamt 20 Prozent weniger CO₂ ausstosse als noch

In der Schweiz habe man sich darauf verständigt, die negativen Effekte von CO₂ den Verursachern zu übertragen, sagt der Ökonom Beat Hintermann.

2013. Die von der Abgabe befreiten Firmen müssten angesichts der hohen Einnahmehausfälle mehr liefern als der Durchschnitt, findet die EFK.

Die Energie-Agentur der Wirtschaft wirft dagegen der EFK vor, sie habe einen untauglichen Vergleich gewählt. Allein die Schliessung einer Raffinerie in Crissier 2016 habe zu einem Wegfall von 6,4 Prozent des CO₂-Ausstosses der Industrie geführt. Wenn man die Zahlen um Schliessungen und Produktionsrückgänge korrigiere, sei die Ersparnis bei den von der Abgabe befreiten Firmen viel höher als im Rest der Industrie.

Der EnAW-Geschäftsführer Frank Ruepp erinnert zusätzlich daran, dass

der Zweck der ganzen Übung nicht nur der Klimaschutz gewesen sei, sondern gemäss dem Willen des Parlaments auch besonders «der Schutz des Arbeitsplatzes Schweiz»: Unternehmen, die im Vergleich mit der Wertschöpfung hohe Energiekosten haben und die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen nicht benachteiligt werden.

Eine Reform des Instruments ist gerade im Gang. Bereits seit dem Jahr 2022 gibt es für die Übererfüllung der Ziele keine Bescheinigungen und damit kein Geld mehr. Die EFK vergleicht die bisherige Praxis mit einer Subvention. Diese entfällt zwar, gleichzeitig reduziert man aber die Motivation der Firmen, über das Ziel hinaus Klimaschutz zu betreiben.

Die zweite grosse Neuerung wird derzeit in den Räten diskutiert. Das neue CO₂-Gesetz sieht vor, dass alle Firmen an dem Programm teilnehmen können. Bisher war der Zugang auf energieintensive Branchen beschränkt, zudem musste eine Firma mindestens 100 Tonnen CO₂ pro Jahr ausstossen.

Das Hauptargument der Wirtschaft, Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland zu verringern, verfängt aber immer weniger, wenn immer mehr Firmen die Befreiung nutzen können. Schon jetzt machen davon viele Firmen Gebrauch, die lokal orientiert sind oder Grenzschutz geniessen, wie agrarwirtschaftliche Betriebe. Derzeit machen zum Beispiel Wärmenetze, Milchverarbeiter, Ziegeleien oder Betreiber von Gewächshäusern mit. Die grössten Schweizer Emittenten wie Betonfabri-

ken sind ohnehin dem Emissionshandel der EU angeschlossen.

Der Ökonom Beat Hintermann von der Universität Basel hat die Wirkung der freiwilligen Verpflichtungen analysiert. Er lehnt deren Ausweitung ab. In der Schweiz habe man sich darauf verständigt, mit einer spürbaren CO₂-Abgabe die negativen externen Effekte den Verursachern zu übertragen. Entsprechend sollten Haushalte und Firmen gleichermaßen motiviert werden, ihre Emissionen zu senken. Eine Ausweitung würde diesem Ziel widersprechen.

Hintermann betont stattdessen die Vorteile, wenn alle Verursacher in der Schweiz die CO₂-Abgabe bezahlen müssten. Einen Hickhack zwischen EFK und EnAW um die wahren Einsparungen, wie er jetzt publik wurde, gibt es bei einer Abgabenlösung nicht, weil man ohne detaillierte Ziele für einzelne Firmen und deren staatliche Überwachung auskommt.

«Eine Sonderbehandlung von Firmen, die stark im internationalen Wettbewerb stehen, geht zudem auch mit einer Abgabe. Dafür braucht es keine komplizierten Alternativsysteme», sagt Hintermann. Betroffenen Unternehmen könnte man zum Beispiel auf einem Teil ihrer Emissionen für eine Übergangszeit die Abgabe erlassen.

Weniger Staat wäre besser

Die Energie-Agentur der Wirtschaft hat durch ihre jahrelange Tätigkeit einen Markt für die Energieberatung und die Dekarbonisierung von Firmen geschaffen. Mit den Leistungen der EnAW sind denn auch 95 Prozent der Firmen zufrieden.

Würde man ganz auf eine CO₂-Abgabe setzen, würde dieser Teil des Leistungsauftrags der EnAW mit dem Bund zwar entfallen. Die Energieberatung würde aber keineswegs überflüssig. Denn die Berater, die heute im Auftrag der EnAW tätig sind, würden weitere Aufträge von Firmen erhalten, die ihren Energieverbrauch beziehungsweise ihre CO₂-Emissionen in den Griff bekommen wollen.

Die EFK geht in ihrem Bericht nicht auf die Vorzüge der verschiedenen Instrumente ein, sondern beschränkt sich auf die Beurteilung der Reduktionsverpflichtungen. Hier empfiehlt sie, die staatliche Aufsicht zu verstärken. Diesen Ball nimmt das Bundesamt für Energie in einer Stellungnahme gerne auf und drängt ebenfalls auf ehrgeizigere Massnahmen.

Folgt man den EFK-Vorschlägen, wäre jedenfalls zu befürchten, dass die Bundesämter sich stärker einmischen würden und die Bürokratie zunähme. Gegenüber dem Ist-Zustand klingt dies nicht nach Fortschritt.

SCHWARZ UND WIRZ Liberalismus ist nicht woke

GERHARD SCHWARZ

Der Liberalismus war von Anfang an geprägt von einer Aversion gegen Zwang. Nicht gegen jeden Zwang, denn die meisten Liberalen sind keine Anarchisten. Sie halten eine staatliche Ordnung inklusive Gewaltmonopol für sinnvoll. Die Ablehnung der Liberalen galt und gilt dem Zwang, den Minderheiten gegenüber Mehrheiten ausüben, sowie jedem willkürlichen Zwang, der über das hinausgeht, was für das friedliche Zusammenleben und für die Sicherung der Freiheit der Individuen notwendig ist.

Daher setzten sich die Liberalen im 19. Jahrhundert gegen den elitären Adel und – in Kontinentaleuropa – gegen den Klerus zur Wehr. Deren autoritäre politisch-gesellschaftliche Herrschaft widersprach der Überzeugung, dass alle Menschen von Natur aus frei geboren werden und als Erwachsene fähig sind, für sich zu entscheiden und für die Folgen ihres Tuns Verantwortung zu tragen.

Heute sind die Zwänge andere. So muss der Liberalismus konsequent, aber ohne Panik gegen jene Zwänge antreten, die unter den Begriffen «politische Korrektheit», «Wokeness» und «Cancel-Culture» entstanden sind.

Minderheiten setzen im Brustton moralischer Überlegenheit mit Druck von der Strasse und Shitstorm-Drohungen sowie durch die Hintertüren von Parlament und Verwaltung Forderungen durch, die meist nicht von Bevölkerungsmehrheiten getragen sind. Man denke an die Versuche akademisch gebildeter Gruppen, die Sprache politisch neu zu konstruieren, und an

Wo die Aussage

«Das darf man nicht laut sagen» Konjunktur hat, steht es um die Freiheit schlecht.

Quoten, mit denen fachliche Kompetenzanforderungen übersteuert werden, nur um in Führungsgremien eine Vielfalt von Geschlecht, sexueller Orientierung und Rasse abzubilden; liberal wäre es, solches nicht staatlich zu verordnen oder anzustupsen, sondern nur zuzulassen.

Man denke an die oft mit der Gesundheit legitimierten Eingriffe in den Alltag, die Vegi-Tage im Altersheim (nicht, weil von den Bewohnern gewünscht, sondern um die Welt zu verbessern), das Wegräumen von Salz auf Restauranttischen, die Werbeverbote für Alkohol und mehr; liberal wäre es, durch Aufklärung zu erreichen, was Experten empfehlen, statt es der Bevölkerung aufzudrängen. Der Umgang mit Gesundheit und Risiken fällt unter die Eigenverantwortung.

Man denke schliesslich an die Auftritts- und Sprechverbote, mit denen parareligiöse Eiferer gegen Auffassungen vorgehen, die den ihren widersprechen. Wo die Aussage «Das darf man nicht laut sagen» Konjunktur hat, steht es um die Freiheit schlecht.

Liberaler versuchen weder Sprache noch Gesellschaft auf dem Reissbrett zu gestalten, träumen nicht vom risikolosen Leben (lassen gar die Selbstschädigung zu) und respektieren andere Lebensentwürfe und Meinungen, auch wenn sie sie mit Argumenten heftig bekämpfen.

Liberaler sind also tolerant, nicht, weil sie alles für gleich gültig halten, sondern weil über jeder noch so starken Überzeugung und selbst über jedem «Wissen», also auch dem eigenen, das Damoklesschwert der möglichen Falsifikation hängt. Dieser Stachel des Selbstzweifels trennt sie von den Proponenten der politischen Korrektheit und der Cancel-Culture.

Gerhard Schwarz ist Präsident der Progress Foundation.

IN KÜRZE

Russische Hacker lesen E-Mails von Microsoft-Chefs

(dpa) · Hacker mit Verbindungen zur russischen Regierung haben sich nach Angaben von Microsoft Zugang zu einigen E-Mails ranghoher Manager des Konzerns verschafft. Die Attacke habe im November begonnen und sei erst vor einer Woche entdeckt worden, teilte Microsoft Ende vergangener Woche mit. Die Hacker hätten auch einige Dokumente aus E-Mail-Anhängen heruntergeladen. Der Konzern machte keine Angaben dazu, wer aus der Konzernführung betroffen ist. Auch seien E-Mails von Mitarbeitern aus den Bereichen Cybersicherheit und Recht zur Beute der Angreifer geworden, hiess es weiter. Offen blieb, wie viele Accounts von Mitarbeitern insgesamt betroffen waren. Microsoft betonte, es sei ein «prozentual sehr

kleiner» Anteil gewesen. Die Hacker gelangten ins E-Mail-System, nachdem sie das Passwort eines internen Test-Accounts geknackt hatten. Hinter dem Hack steht laut Microsoft eine Gruppe, die unter den Namen «Midnight Blizzard» und «Nobelium» bekannt ist.

Zahlungssystem Twint legt stark zu

cov. · In der Schweiz hat Twint im Jahr 2023 einen grossen Zuwachs erlebt. Wie der Zahlungsanbieter am Montag in einem Communiqué mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 590 Millionen Transaktionen mit Twint getätigt. Im Vorjahr waren es noch 386 Millionen gewesen. Vor allem an Ladenkassen bezahlten deutlich mehr Nutzerinnen und Nutzer mit dem smartphonebasierten System – nämlich fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Mehrheit dieser Transaktionen fand in Supermärkten statt.

Frankreich lockert Strompreisbremse

(dpa) · In Frankreich müssen sich die Menschen auf höhere Stromrechnungen einstellen. Ab Anfang Februar stiegen die Kosten für Haushalte und Kleinunternehmen um 8,6 bis 9,8 Prozent, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Für einen Einpersonenhaushalt bedeute das monatlich 4,50 Euro mehr, für einen Vierpersonenhaushalt mit Elektroheizung um 1780 Euro und für eine Bäckerei 116 Euro monatlich. Ganz aufgehoben werden soll die Strompreisbremse in einem Jahr. Die Energiepreisbremse für Gas war bereits im Sommer ausgelaufen. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire sprach von einer schwierigen Entscheidung, die allerdings nötig sei, um in neue Stromerzeugungskapazitäten zu investieren. Während der Energiepreiskrise hatte Frankreich 37 Prozent der eigentlich fälligen Stromkosten für Verbraucher und Firmen übernommen.

Eurowings-Kabinenpersonal erhält Lohnerhöhung

(dpa) · Die in Deutschland angestellten Kabinen-Crews der Fluggesellschaft Eurowings erhalten mehr Geld. Die Gewerkschaft Verdi und die Lufthansa-Tochter einigten sich bei einer Laufzeit von 19 Monaten auf Gehaltserhöhungen zwischen 10,8 und 14,4 Prozent für die rund 1800 Flugbegleiterinnen und -begleiter. Die Erhöhungen folgen in zwei Schritten, der erste davon rückwirkend zum 1. Dezember 2023. Wie beide Seiten am Montag mitteilten, soll es laut Tarifvertrag auch eine einmalige Inflationsausgleichsprämie von 2000 Euro geben. Zusätzlich wurde die am niedrigsten bezahlte Eingangsstufe gestrichen und eine zusätzliche Stufe am oberen Ende der Gehaltstabelle hinzugefügt. Die Einigung gilt nur für die deutsche Teilgesellschaft von Eurowings und bedarf noch der Zustimmung der Verdi-Mitglieder.